

Franz Schellhorn, Chef der „Agenda Austria“ im Club Unabhängiger Liberaler *Braucht Österreich eine nachhaltige Haushaltssanierung?*

Als langjähriger Leiter des Wirtschaftsressorts der Wiener „Presse“ gehörte Franz Schellhorn zu den wenigen liberalen Publizisten im Lande. Als nunmehriger Vorstand der marktorientierten Denkfabrik „Agenda Austria“ sieht er seine Aufgabe in der Verbreitung und Stärkung des Bewusstseins in der Bürgerschaft, daß der Staat nicht für die Lösung jedes Problems zuständig sein kann. Er betont dazu ausdrücklich, den Staat nicht „zerstören“, sondern vielmehr dazu beitragen zu wollen, diesen von der erdrückenden Fülle seiner selbstauferlegten Verpflichtungen zu entlasten. Die Agenda Austria sei weder eine Lobbyorganisation, noch eine Partei oder Interessenvertretung. Sie stehe nicht für die Erstellung von Auftragsstudien (deren Ergebnis von Vornherein feststehe) zur Verfügung. Weder staatliche Mittel, noch solche von Interessenvertretungen, gleich welcher Art, würden das Institut finanzieren, sondern ausschließlich Zuwendungen von Privaten, die keinerlei Einfluß auf dessen Arbeit nehmen.

Am 14. Jänner sprach Schellhorn im CUL zum Thema **„Braucht das Land eine nachhaltige Haushaltssanierung?“** Immer wieder könne man Stellungnahmen von (insbesondere linken) Politikern, aber auch Journalisten des Medienhauptstroms entnehmen, daß in Österreich ohnehin alles zum Besten stünde: Europaweit die niedrigste Arbeitslosigkeit, das (nach Luxemburg) höchste BIP pro Kopf, eine überschaubare Verschuldung und ein geradezu vorbildhafter „sozialer Friede“. Folgerichtig wird jede Kritik als „neoliberale Panikmache“ und als Anschlag auf die im Lande allgemein herrschende Zufriedenheit gedeutet.

Doch halten die stereotypen Vorwürfe an die Adresse „neoliberaler Unruhestifter“ einer Überprüfung stand? *„Der Staat soll kaputt gespart werden!“* sei einer dieser beliebten Stehsätze der Systemapologeten. Das „Kaputtsparen“ manifestiere sich indes in einer 40-prozentigen Zunahme der Staatseinnahmen während der letzten Dekade. Ebenfalls um 40 Prozent hätten die Staatsausgaben im selben Zeitraum zugenommen. Von Sparbemühungen weithin keine Spur! Gegenwärtig belaufe sich die kumulierte Staatsschuld (Bund, Länder und Gemeinden, ohne ausgelagerte Verbindlichkeiten und Haftungsübernahmen) auf 234 Mrd. Euro. Ist das unter „kaputt gespart zu verstehen? Die Zunahme der Bundesschulden gehe doppelt so rasch vor sich wie die Zunahme des BIP. Die Verbindlichkeiten der Länder stiegen sogar dreimal so schnell. Sparexzesse sehen anders aus!

Beim derzeit herrschenden, niedrigen Zinsniveau sei die Höhe der Zinsbelastung (noch) kein unlösbares Problem, auch wenn bereits jetzt neue Schulden aufgenommen werden müssten, um diesen Aufwand (derzeit rund acht Mrd. Euro pro Jahr) zu bedienen. Drastisch ändern könnte sich die Lage, würden die Zinsen wieder steigen und die rund 25 – 30 Mrd. Euro an jährlich auslaufenden Staatsanleihen auf höherverzinsliche Papiere umgeschuldet werden müssen.

Von den jährlich rund 77 Mrd. Euro Bundeseinnahmen würden nach Abzug der Zahlungen an die Länder, den Aufwand für Beamtenpensionen (acht Mrd.) den Bundeszuschuß zu den ASVG-Pensionen (10 Mrd.) den Schuldzinsen (acht Mrd.) und dem EU-Beitrag (2,6 Mrd.) gerade einmal 12 Mrd. Euro übrigbleiben. Spielraum gäbe es so gut wie keinen, da ein Gutteil dieses verbleibenden Restes strukturell gebunden sei (z. B. für den Personalaufwand).

Es sei ein Mythos, daß erst der Ausbruch der Finanzkrise und die dadurch angeblich nötig gewordenen Bankenrettungen (Insolvenz sei allemal eine bessere Lösung als Rettungsaktionen à la Alpe-Adria) die Staatsverschuldung explodiert sei. Ein Vergleich der Zeiträume vor und nach Ausbruch der Krise zeige vielmehr eine völlig unveränderte Dynamik der Schuldzunahme.

In Österreich sei es dem Bund letztmalig im Jahre 1962 (unter Finanzminister Klaus, der den erfolgreichen „Raab-Kamitz-Kurs“ konsequent fortsetzte) gelungen, einen Budgetüberschuß zu erwirtschaften. Seither indes sei es üblich, in der Hochkonjunktur dafür zu sorgen, mittels Staatsausgaben jedermann am Wohlstandszuwachs teilhaben zu lassen, während man in Krisenzeiten Investitionsausfälle in der Privatwirtschaft ersetzen wolle. Gespart werden könne demgemäß *niemals*. Österreich halte demzufolge etwa den Weltrekord, was den *Transferanteil an den Haushaltseinkommen* angehe. Dieser belaufe sich auf stolze 36 Prozent. Die ungebremst wachsende Staatsschuld sei die in Zahlen manifestierte Reformverweigerung.

Das Problem bestehe darin, daß die eingangs erwähnten, beeindruckenden Zahlen allesamt mit Schulden erkaufte seien: BIP, niedrige Arbeitslosigkeit und „sozialer Frieden“. Nichts davon sei (vollständig) erwirtschaftet. Wie in Spanien oder Griechenland vor dem Crash, werde die Illusion einer heilen Welt auf Pump geschaffen. Wie die Beispiele einiger Länder (wie etwa Schweden oder Neuseeland) zeigten, würde es immer nur dann zu substanziellen, strukturellen Reformen kommen, wenn der Druck von außen – seitens der Kreditoren – keinen anderen Ausweg mehr zuließe. Österreich bilde da keine Ausnahme. Erst wenn die Gläubiger das Vertrauen in die Bonität des Landes verlören und entsprechende Risikoprämien verlangten, werde es, dank der normativen Kraft des Faktischen, zu namhaften strukturellen Änderungen (spürbaren Einsparungen) kommen. Er, Schellhorn, setze seine Hoffnung auf ein derartiges, „schwedisches Szenario“.

Man sollte stets beachten, „*was anderswo gut funktioniert*“. Im Wesentlichen sieht er fünf Chancen für eine Wende zum Positiven, die sich an fremden Beispielen orientieren:

- 1.) *Föderalismus wie in der Schweiz – Steuerhoheit auf niedriger Verwaltungsebene,*
- 2.) *Verfassungsmäßige Schuldenbremse wie in Deutschland,*
- 3.) *Pensionssystem wie in Schweden (mit flexiblen Pensionsantrittszeiten),*
- 4.) *Wettbewerb im Bildungssystem wie in den Niederlanden und*
- 5.) *Subventionsmodell wie in Neuseeland (Abschaffung sämtlicher Subventionen).*

Der in Österreich so gerne kritisierte Föderalismus existiere gar nicht, weshalb sich dessen immer wieder geforderte Abschaffung erübrige. Ohne Steuerwettbewerb unter den Verwaltungseinheiten (Ländern und Gemeinden) gäbe es keinen Anreiz zu einem sparsamen Einsatz öffentlicher Mittel. Das dadurch angeblich drohende „*Ausbluten der öffentlichen Haushalte*“ sei – am Beispiel der Schweiz (mit kantonal stark voneinander abweichenden Steuertarifen) - nicht zu beobachten. Die Schweiz sei vielmehr ein insgesamt hervorragend verwaltetes Land, das mit um ein Drittel niedrigeren Kosten geführt werden könne als Österreich.

In der anschließenden Publikumsrunde betonte Schellhorn die Notwendigkeit zu einer „*mental*en Wende“ im Lande. Besser sei es allemal, das Land *freiwillig* und aus eigener Kraft zu reformieren, als unter dem Zwang von außen reformiert zu werden...

Andreas Tögel, a.toegel@atomed.at